

Pressemitteilung vom 07.11.2023

Der Gedenkort zur zwangsweisen Brechmittelvergabe kommt – die Entschädigung für alle Betroffenen steht noch aus

Der Ortsbeirat Mitte hat heute die Errichtung eines Gedenkortes für die Opfer der zwangsweisen Brechmittelvergabe und in Erinnerung an Laye Alama Condé neben dem Gerhard-Marcks-Haus beschlossen. Die Auswahlkommission, bestehend aus rassismus- und antisemitismuserfahrenen Personen aus der Bremer Stadtgesellschaft, hatte sich zuvor für den Entwurf der südafrikanischen Künstlerin Usha Seejarim entschieden. Die Initiative in Gedenken an Laye Alama Condé begrüßt beide Entscheidungen, verweist jedoch auf die noch immer klaffende Lücke in der Aufarbeitung der zwangsweisen Brechmittelvergabe: die Entschädigung der Hunderten von betroffenen Bremern, die die gegen das Folterverbot verstoßende Maßnahme überlebt haben.

Über 18 Jahre lang haben Aktivist*innen unermüdlich die Erinnerung an Herrn Condé und die gewaltvollen Umstände seines Todes wachgehalten und konsequent einen dauerhaften Erinnerungsort an die staatlicherseits verordnete Zwangsmaßnahme gefordert, die heute unter das Folterverbot fällt – und dies über viele Jahre gegen starke Widerstände aus der Politik (siehe dazu: „Schritte zur Aufarbeitung“ <https://brechmittelfolter-bremen.de/schritte-zur-aufarbeitung/> und „Der Weg zum offiziellen Gedenkort“ <https://brechmittelfolter-bremen.de/der-weg-zum-offiziellen-gedenkort/>).

„Der Gedenkort heute ist vor allem der Beharrlichkeit zu verdanken, mit der viele Menschen aus der Bremer Stadtgesellschaft über fast zwei Jahrzehnte hinweg die Aufarbeitung der Brechmittelzeit und eine staatliche Verantwortungsübernahme gefordert haben“, so Gundula Oerter von der Gedenkinitiative.

Der künstlerische Entwurf von Usha Seejarim stellt das zentrale Element der Brechmittelvergabe dar: In großen Lettern wird der englische Begriff „FORCE“ skulpturiert, also der Zwang, die Gewalt, die Brutalität, der die Betroffenen staatlicherseits unterworfen wurden.

„Wir freuen uns, dass das jahrelange Ringen der Zivilgesellschaft um ein würdevolles Gedenken erfolgreich war und nun ein künstlerisch durchdachter Ort geschaffen wird, um an die Zeit der unrechtmäßigen Brechmittelfolter und an Laye Condé zu erinnern“, so Oerter. „Bremen braucht einen solchen Ort der Erinnerung – aber Bremen braucht diesen Ort auch, um angesichts des Rechtsrucks und des zunehmend rassistischen Diskurses menschenrechtsfeindliche Angriffe heute und in der Zukunft anzuklagen.“

Die Initiative weist außerdem auf eine klaffende Lücke in der Verantwortungsübernahme durch das Land Bremen hin: die Entschädigung der schätzungsweise Hunderten von Betroffenen der Brechmittelvergabe.

„Die Betroffenen sind bis heute von offizieller Seite weder um Verzeihung für das ihnen zugefügte Leid gebeten worden noch haben sie eine Entschädigung für die körperliche Misshandlung erhalten – beides müssen die politisch Verantwortlichen noch leisten“, so Oerter. „Die materielle Entschädigung für alle Brechmittelpflichter bleibt damit eine zentrale Forderung für die Zukunft.“